Zweite Vormittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

6. Jahrg. 1939	Berlin, Montag, 12. Juni	Nr. 908

Der Führer bei der Reichstheater-Festwoche in Wien.

Wien, 10. Juni. Der Führer traf am Sonnabend unerwartet zur 6. Reichstheater-Festwoche in Wien ein, um der Wiener Erstaufführung „Friedenstag" zu Ehren des 75. Geburtstages ihres Komponisten Richard Strauß in der Wiener Staatsoper beizuwohnen.

Mit dem Führer nahmen u. a. an dem festlichen Ereignis teil: die Reichsminister Dr. Goebbels, Dr. Seyß-Inquart, Reichskommissar Gauleiter Bürckel, die Reichsleiter Reichspresschef Dr. Dietrich und Bormann, SA.-Obergruppenführer Brückner, General der Flieger Löhr, Gauleiter Jury sowie die führenden Persönlichkeiten aus Staat und Partei in der Ostmark.

Der Schirmherr der Reichs-Theaterfestwoche, Reichsminister Dr. Goebbels, empfing den Führer am Eingang der Oper und geleitete ihn in die Ehrenloge. Beim Erscheinen des Führers erhob sich das bis aus den letzten Platz besetzte Haus und grüßte ihn mit erhobener Rechten.

Die Aufführung selbst gestaltete sich zu einem erlesenen künstlerischen Ereignis, das sich der großen Tradition der Wiener Oper würdig anreihte. Die besten Kräfte des Hauses und eine Anzahl hervorragender Gäste hatten sich vereinigt, um das jüngste, von aller Schönheit der Reife überströmte Werk des Meisters lebendig werden zu lassen.

Das Werk und die Aufführung wurden mit größtem Beifall aufgenommen, an dem sich auch der Führer lange beteiligte. Mit dem Komponisten Richard Strauß, der der Wiener Erstaufführung persönlich beiwohnte, mußten sich der Intendant, Professor Clemens Krauß, der Spielleiter und die Darsteller immer wieder zeigen.

Die überraschende Ankunft des Führers hatte sich wie ein Lauffeuer durch Wien verbreitet. Sowohl bei der Ankahrt zur Oper wie bei der Rückkehr wurden dem Führer begeisterte Ovationen dargebracht.

Prinzregent Paul an Generalfeldmarschall Göring.

Berlin, 11. Juni. Prinzregent Paul von Jugoslawien und Prinzessin Olga haben aus Neuenbach an Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring und Frau Göring folgendes Telegramm gerichtet:

„Beim Verlassen deutschen Bodens drängt es die Prinzessin und mich, Frau Göring und Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, unseren aufrichtigsten Dank auszusprechen für die herzliche Gastfreundschaft, die wir in Ihrem Hause genossen haben, und die uns unvergeßlich bleiben wird.

Paul und Olga."

Reichsminister Dr. Frick aus Ungarn zurück.

Berlin, 11. Juni. Reichsminister Dr. Frick ist mit seiner Gattin und Begleitung von dem Besuch, den er auf Einladung des ungarischen Innenministers in Ungarn durchführte, wieder nach Berlin zurückgekehrt.

General Moizo in Berlin.

Berlin, 11. Juni. Der Oberbefehlshaber der Carabinieri, General Moizo, ist, einer Einladung des Chefs der Ordnungspolizei, General Daluege, Folge leistend, am Sonntag auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen.

General Daluege begrüßte den Kommandierenden General der Carabineri herzlich, in dessen Begleitung sich Generalmajor Giano, Oberst Delfini, Chef des Stabes Major Mandelli und Oberleutnant Piazitola befinden.

Im Rahmen seines achttägigen Aufenthaltes in Deutschland wird General Moizo die Einrichtungen der deutschen Polizei besichtigen und auch den in Frankfurt an der Oder stattfindenden Deutschen Polizeimeisterschaften 1939 beiwohnen.

Spanische Generale besuchen den Reichsarbeitsdienst.

Berlin, 11. Juni. Die spanischen Generale Aranda und Yague und die sie begleitenden spanischen und deutschen Stabsoffiziere besuchten am Sonnabendnachmittag die Reichsleitung des Arbeitsdienstes.

Französischer Bauernführer in Berlin.

Berlin, 11. Juni. Eine Gruppe französischer Bauernführer, die an dem Internationalen Landwirtschaftskongreß in Dresden teilnahm, traf am Sonnabend in Berlin ein. Zu Ehren der Gäste gab die deutsch-französische Gesellschaft einen Abendempfang, an dem neben Vertretern der französischen Botschaft Persönlichkeiten des Staates und der Partei, sowie Vertreter des Reichsnährstandes teilnahmen.

Die Begrüßung durch den Präsidenten der deutsch-französischen Gesellschaft, Professor von Arnim, fand eine herzliche Erwiderung durch den Präsidenten der französischen Landwirtschaftskammern, Senator Fenre, der seine Bewunderung für die Aufbauarbeit des Reichsnährstandes mit dem Wunsche verband, daß aus der gegenseitigen beruflichen Fühlungnahme ein nützlicher Beitrag für die Zusammenarbeit der beiden Völker entstehen möge.

Polen droht Danzig mit Repressalien.

Danzig, 10. Juni. Als Antwort auf die dem polnischen diplomatischen Vertreter in Danzig vom Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, Greiser, überlandte Note der Danziger Regierung, in der die Zurückführung des unerträglich aufgeblähten Apparates der polnischen Zollinspektoren auf ein vernünftiges Maß und Beschränkung der Tätigkeit dieser polnischen Beamten auf die vertraglich vorgesehene Funktion gefordert wurde, hat der diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig nunmehr eine Antwortnote übersandt.

In dieser Note wird der Danziger Regierung das Recht abgesprochen, sich in die Zollangelegenheiten zu mischen und daran die Drohung geknüpft, sollte der Senat die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren auf Danziger Boden einzuengen versuchen oder die in der Note des Danziger Senats angekündigte Vereidigung der Danziger Zollbeamten vornehmen, so würde die polnische Regierung die Zahl der polnischen Zollinspektoren noch weiter vergrößern. Darüber hinaus wird in unverblümter Form mit der Anwendung von Wirtschaftsrepressalien gegen Danzig gedroht, wenn es seine Absichten durchführen sollte.

Zu der Note des diplomatischen Vertreters der Republik Polen an Danzig ist klarzustellen:

Die Freie Stadt Danzig wurde durch das Diktat von Versailles zur Zollunion mit Polen gezwungen. Diese Zollunion wurde durch den Pariser Vertrag von 1920 und das Warschauer Abkommen von 1921 vertraglich gekennzeichnet. Damals versuchte Polen alles daran zu setzen, die gesamte Danziger Zollverwaltung in die Hand zu bekommen, um Danzig wirtschaftlich vollkommen unter die polnische Herrschaft zu bringen. Dies ist Polen damals mit Rücksicht auf den völlig deutschen Charakter der Freien Stadt versagt worden.

In den Artikeln 200 bis 202 des Warschauer Abkommens wurde Polen jedoch das Recht zugestanden, polnische Zollinspektoren auf Danziger Gebiet zu halten, die den Danziger Zollbeamten beigeordnet wurden mit dem Ziel, eine polnische Kontrolle auf den Dienststellen der Danziger Zollverwaltung auszuüben.

Anfänglich wurde nur eine geringe Zahl von polnischen Zollinspektoren eingesetzt. Erst vom Frühre 1930 ab wurde die Zahl der Zollinspektoren plötzlich sprunghaft erhöht. Polen leitete sich einfach das Recht her, die Danziger Handelsfirmen und Industriebetriebe einer direkten polnischen Zollkontrolle zu unterwerfen.

Dadurch schaffte sich Polen die Möglichkeit einer offenen Wirtschaftsspionage, die zu Gunsten der im Entstehen begriffenen polnischen Konkurrenzfirmen betrieben wurde. Mit Hilfe dieser Wirtschaftsspionage hat Polen den größten Teil seines Seehandels über Gdingen aufgebaut. Damals wurde die Zahl der Zollinspektoren auf 60 erhöht.

Durch das Kontingent- und Verrechnungsabkommen von 1934 wurde der unerträgliche Zustand zwar etwas gelockert, die direkte Zollkontrolle über die Danziger Handelsfirmen wurde aufgehoben, aber Danzig mußte dafür auf verschiedene Rechte verzichten, so auf die vertraglich vorgesehenen eigenen Einfuhrkontingente für den Bedarf der Danziger Industrie, des Handwerks und Handels.

Die Zahl der Zollinspektoren aber blieb. 1937 stieg ihre Zahl erneut an, und zwar handelte es sich jetzt nicht mehr um dem Finanzministerium unterstehende Zollbeamte, sondern um bewaffnet auftretende Angehörige der Straßgranicznа, des dem polnischen Kriegsministerium unterstehenden Grenzschutzes.

Damals bildete sich im Ausland das Gerücht, Polen habe polnische Truppen auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig entsandt. In Wahrheit geht es bei diesen Beamten auch nicht allein um zolltechnische Aufgaben. Die Beobachtung dieser Beamten hat gezeigt, daß viele von ihnen im Nachrichtendienst des polnischen Heeres stehen und mit politischen Agenten verkehren.

Nach dem Morde von Kalthof wurde die Zahl der polnischen Zollinspektoren erneut erhöht. Heute erscheint es bereits irreführend, von Zollinspektoren zu reden. Vielmehr unterhält Polen eine mit Pistolen und Gewehren ausgerüstete Abteilung des polnischen Grenzschutzes auf Danziger Boden, die als Zollinspektoren nur mühsam getarnt ist.

Die Meldung des Kurjer Poranny über eine weitere Erhöhung der Zahl dieser „Zollinspektoren" gewinnt unter dem Eindruck der neuen polnischen Note erheblich an Gewicht angesichts der Tatsache, daß die Danziger Zollbeamten Beamte der Freien Stadt Danzig sind, die keineswegs den polnischen Zollinspektoren unterstellt sind.

Wieweit auch immer die unerträgliche Anmaßung der polnischen Regierung reichen möge, hat der polnische Einspruch gegen die von Danzig vorgenommene Vereidigung der Danziger Beamten keine irgendwie geartete rechtliche Grundlage.

Die neue Note der polnischen Regierung beweist, daß Polen nicht den Willen hat, Zwischenfälle in Danzig zu vermeiden, sondern daß es vielmehr mit allen Mitteln bemüht ist, diese Zwischenfälle herbeizuführen.

Ungarische Abfuhr für die Lügenpresse.

Budapest, 10. Juni. Der Pester Lloyd befaßt sich mit den Methoden einer gewissen ausländischen Sensationspresse, die es nicht lassen kann, Enthüllungen über den angeblichen „deutschen Druck auf Ungarn" systematisch zu verbreiten.

Dieses Verfahren, so meint das Blatt, sei in keiner Weise geeignet, zur Klärung der internationalen Atmosphäre beizutragen. Ungarn sei ein unabhängiges Land, dessen Regierung sich einzig und allein durch die Interessen des ungarischen Volkes leiten lasse. Dies gelte für die Innenpolitik ebenso wie für die Wirtschaftspolitik, die beide vollkommen unabhängig seien und keine ausländischen Weisungen befolgten. Auch nach außen hin gelte derselbe unverrückbare Grundsatz.

Allerdings befolge Ungarn eine Außenpolitik der treuen und vertrauensvollen Freundschaft gegenüber den Achsenmächten, denn Ungarn hätte niemals hoffen können, eine Wiedergutmachung der an ihm begangenen großen Ungerechtigkeiten aus der Hand jener Mächte zu erhalten, die sich um die Genfer Institution scharten.

Mussolini bei den Männern der Luftfahrtpresse.

Rom, 11. Juni. Die Teilnehmer des ersten Weltkongresses der Luftfahrtpresse haben am Sonntag auf Einladung des Staatssekretärs des italienischen Luftfahrtministeriums, General Valle, die Fliegerstadt Guidonia besichtigt. Der Besuch dieser hochmodernen Versuchsanstalten wurde mit den gleichzeitig durchgeführten Schauflügen zu einem überaus eindrucksvollen Höhepunkt und ermöglichte den sachkundigen Schriftleitern der internationalen Luftfahrtpresse einen erschöpfenden Einblick in die hochmoderne Leistungsfähigkeit der italienischen Luftwaffe und ihrer Piloten.

Die Vorführungen der Jagd- und Kampfflugzeuge wie der Bomber in großen geschlossenen Formationen und in Einzelflügen fanden einstimmige Bewunderung, die sich noch steigerte, als der Duce in der Fliegerstadt erschien und mehrere Kongreßteilnehmer zu einem Flug in einem von ihm persönlich gesteuerten dreimotorigen Bomber einlud.

Am Sonntagabend gab Staatssekretär General Valle den Teilnehmern des Weltkongresses ein Essen.

Rom wieder Zentrum des Mittelmeeres!

Rom, 10. Juni. Der Tag der italienischen Kriegsmarine beherrschte am Sonnabend vollkommen das Bild der römischen Presse, die in reichbebilderten Berichten die Parade vor dem König und Mussolini eingehend beschreibt und in ihren Kommentaren hervorhebt, daß die imperiale Kriegsmarine, über die Italien dank des Weitblickes des Duce verfügt, die sicherste Gewähr dafür bietet, daß im „mare nostrum" die Interessen Italiens geschützt und jede fremde Hegemonie unmöglich gemacht worden sei.

Rom sei heute wieder, wie Tribuna betont, zum Zentrum des Mittelmeeres geworden, und die italienische Kriegsmarine werde mit ihrem Kampfgeist und ihren Mitteln, allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz, ein unüberwindliches Bollwerk gegen alle Provokationen und Manöver bilden und sei heute imstande, gegenüber jedermann dem Recht des italienischen Volkes Geltung zu verschaffen.

Zum Mord in Kladno.

Prag, 10. Juni. Das bisherige Ermittlungsergebnis, das Verhalten der tschechischen Bevölkerung sowie die Maßnahmen der Protektoratsregierung ermöglichen es dem Reichsprotektor, zur Zeit von den nach dem 10. Juni in Aussicht genommenen weiteren Maßnahmen im Mordfall Kladno Abstand zu nehmen.

Britische Neuwahlen im Oktober?

London, 11. Juni. Die Ueberzeugung im Lande, daß Anfang Oktober Neuwahlen im Parlament zu erwarten sind, nimmt, wie aus einer Reihe von Anzeichen hervorgeht, zu, obwohl Chamberlain in seiner letzten Rede erklärt hatte, er sei sich über diese Frage noch nicht schlüssig. So erklärte der Präsident der konservativen Klubs, Bayford, auf einer Tagung der Konservativen Partei, Großbritannien werde innerhalb der nächsten Monate allgemein Neuwahlen haben.

Ein anderer führender Konservativer erklärte, er sehe keinen Grund, die Neuwahlen über den Herbst hinaus zu verschieben.

Schrankenloser jüdischer Terror im Staate New York.

New York, 11. Juni. Der jüdische Gouverneur des Staates New York, Lehman, unterzeichnete ein von seinen Rassegenossen durchgepeitschtes Gesetz, das die letzten Spuren jedes Widerstandes gegen die jüdische Durchdringung und schließliche vollständige Beherrschung des gesamten New Yorker Beamtenapparates und der Wirtschaft ausmerzen soll.

Das Gesetz verbietet nämlich die Benachteiligung von Bewerbern aufgrund ihrer Rasse, Farbe oder Religion bei der Besetzung von staatlichen Beamtenstellen oder politischen Aemtern. Das Verbot erstreckt sich aber außerdem auf alle Einrichtungen, die in irgend einer Weise mit den staatlichen oder städtischen Behörden zu tun haben, sei es, daß sie in geschäftlicher oder politischer Beziehung zu ihnen stehen oder ihre Einnahme ganz oder teilweise dem Staat bezw. den Beamten verdanken. Unter diesen Begriff fallen natürlich fast sämtliche Geschäfte, Theater, Kinos, Versammlungshallen, Fabriken, ja selbst Fabrikküche usw.

Wenn irgend jemand glaubt, aus rassischen Gründen keine Anstellung erhalten zu haben oder nicht befördert worden zu sein, braucht er nur bei der eigens dazu eingesetzten jüdischen Kommission die Klage einzureichen.

Wenn die Juden-Kommission die Beschwerde „gerechtfertigt" findet oder auch nur der „Ansicht" ist, daß bei der Auswahl der Beförderung von Beamten und Angestellten oder Arbeitern irgend eines Betriebes rassische Gründe ebenfalls berücksichtigt wurden, wird die angeklagte Firma zu einer Geldstrafe verurteilt und muß den Kläger entschädigen.

Andererseits verwarf Lehman einen Gesetzesvorschlag, der die Rechte dieser aus Juden bestehenden Beamtenkommission begrenzen wollte und unter Umständen gegeignet war, die Anstellungen und Ernennungen, die auf Grund dieses Rassengesetzes diktiert werden sollen, in bestimmten Fällen zu vereiteln.

Lehman kommentierte dieses Gesetz dahin, daß es endgültig alle Unterschiede von Rasse, Farbe und Religion niederreiße.

Diese Auffassung ist sicherlich richtig, denn das Gesetz schafft auch den Negern freie Bahn, von denen bereits jetzt schon ¾ Millionen in den Mauern New Yorks leben.

Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

New York, 10. Juni. Ein Bestechungsprozeß gegen das frühere Mitglied der New Yorker Staatslegislatur Edward Moran endete mit der Ueberführung des Angeklagten. Wie in der Anklageschrift ausgeführt wird, „erhielt" Moran, der der Staatslegislatur 11 Jahre lang angehört hatte, von zwei Kraftdroschkengesellschaften 36 000 Dollar für die Unterstützung von Gesetzesvorlagen, die die beiden Gesellschaften befürworteten. Der Angeklagte erhielt die Höchststrafe: 20 Jahre Gefängnis und 10 000 Dollar Geldstrafe.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.